

28. MAI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/99

Bonn, den 25. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Das Gemeinschaftswerk

69

Zunächst nur formierte Propaganda

Von Waldemar von Knoeringen
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

3

Sorge um Europa

42

Zur Wiener Konferenz der EFTA-Länder

4 - 5

Ärztetag

62

Berechtigte Klagen und Forderungen

Von Rolf Heyen, Berlin

6

Schlechtwetterfront in Sicht zwischen Belgrad-Bonn

48

Begleitmusik zum bevorstehenden Besuch Titos in Pankow

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

+ + +

Das Gemeinschaftswerk

Zunächst nur formierte Propaganda

Von Waldemar von Knoeringen
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Schon kurz nach dem Düsseldorfer CDU-Parteitag sah sich Bundeskanzler Erhard Bitten seiner Parteifreunde gegenüber, die reichlich nebulöse Begriffsschöpfung "formierte Gesellschaft" allgemein verständlich zu verdeutlichen. So wurde er vom Kultusminister Mikat aufgefordert, "seine Konzeption einer formierten Gesellschaft möglichst bald für die breite Öffentlichkeit umfassend darzustellen, zu erläutern und zu konkretisieren." (KNA-Informationsdienst vom 8. April 1965)

Es waren vergebliche Bitten. Lediglich ein Zugeständnis ließ sich der Kanzler abringen: "Ich gebe zu, daß ich mich noch konkreter äußern muß." Aber kein Hinweis, wann das geschehen wird, ob etwa inzwischen der September ins Land ziehen soll. Und auch keine Mahnung an den Propagandaapparat der Unionsparteien, erst einmal das konkrete Kanzlerwort abzuwarten, bevor der wahrscheinlich redlich gemeinte Neubegriff als Wahlkampf-Schlagwort mißbraucht und verschlissen wird. Denn das ist zur Stunde die Tatsache: Hinter der "formierten Gesellschaft", die sich nun als Beschwörungsformel in allen Reden des Kanzlers wiederfindet, formiert sich zunächst nur die CDU-Propaganda. Seit Wochen preist sie die Parteitagserkenntnis ihres Regierungschefs als wahre Wunderdroge und als Allheilmittel gegen jedes gesellschaftliche Übel.

Sogar zur Wiedervereinigung soll die "formierte Gesellschaft" verhelfen, hieß es in einem Zeitungsinserat. Wörtlich: "Jetzt müssen wir gemeinsam den Schritt in die formierte Gesellschaft tun. In dieser modernen, klassenlosen Gesellschaft werden wir den Weg in ein wiedervereinigtes Deutschland gehen..." Was soll eigentlich die Öffentlichkeit mit einer solchen Phrase anfangen? Soll sie schlußfolgern, der Kanzler sei über die soziale Marktwirtschaft zur Marx'schen Sozialutopie der klassenlosen Gesellschaft gelangt?

Vermutlich war es so, daß Professor Erhard, veranlaßt durch sein Beratersteam, bestimmte Tendenzen in unserer Gesellschaft möglichst "bildhaft" artikulieren und sich als der Mann präsentieren wollte, der sich "berufen" fühlt, die Gesellschaft neu zu ordnen. Daß sich die Konkretisierung verzögert, beweist uns Sozialdemokraten nur eins: Die Schwerfälligkeit und Rückständigkeit der Unionsparteien erlauben es nicht, der Gesellschaftsutopie zu folgen, aber für den Wahlkampf erhofft man sich eine

neue Gloriole des Wundertätigen. Aber von der Praxis läßt man lieber die Hände, denn die Gesellschaft ändern, das hieße im vorliegenden Fall das eigene, zur Wohlstandsmaske erstarrte Gesellschaftsbild zerschlagen.

Aber wie auch immer: Der neue Begriff ist da, die Öffentlichkeit wartet auf konkrete Interpretation. Erst dann kann die Sachdiskussion eröffnet werden. "Formiert", ist ist nichts als ein formaler Begriff ohne Inhaltsangabe und Aussage. Wenn der Kanzler auch vorsorglich versicherte, er meine das Gegenteil von "uniformierter Gesellschaft", so bleibt doch sprachgültig, daß man unter "Formationen" militärische und uniformierte, jedenfalls kommandierte Verbände versteht. Auch solche, die etwa zu einer Parade antreten und im Stehschritt totaler Konformität eine "Einheit" dokumentieren, die wir nicht meinen und nicht wollen.

Der festzustellende Propagandanebel und die "formierte Gesellschaft" ist in sich ein Beweis für die Notwendigkeit, endlich über die gesellschaftspolitische Werbepsychologie hinauszukommen zu echten Taten. Es ist an der Zeit, daß auch der Bundeskanzler vollinhaltlich zu erfassen versucht, was wir Sozialdemokraten unter "Gemeinschaftsaufgaben" verstehen. Der Streit um leere Worte ist fruchtlos. Professor Erhard sollte bald entscheiden, ob er in Sachen Gesellschaftspolitik nur als christlich-demokratischer Wahlkämpfer in die Arena geschoben wird, oder ob er als verantwortlicher Staatsmann handeln und sich durchsetzen will.

Entscheidet er sich für den Staatsmann, empfehlen wir ihm als Grundlagenmaterial die Rede des hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Z i n n anlässlich des Parlamentarier Treffens der SPD in Wiesbaden. Hier finden sich konkrete Ansätze über die Parteien hinaus, klare Analysen, die jeder versteht. Die SPD ist vorbereitet, das große Gemeinschaftswerk einer wahrhaft modernen Gesellschaftspolitik in Deutschland rasch und umfassend in die Tat umzusetzen. Sie braucht dazu keine neue Wortschöpfung. Ihr genügen klare Einschätzungen wie die folgende, von Georg-August Zinn formulierte, um mit dem richtigen Kompaß ans Werk zu gehen: "Zwei entgegengesetzte Tendenzen beherrschen unsere Gesellschaft. Der Zwang zur Organisation, - zum Zusammenschluß, zur größeren Einheit und damit zum Kollektiv - und das Streben nach Bewahrung der Individualität, der Eigeninitiative und Selbstverantwortlichkeit. So steht die freie Gesellschaft unter dem Druck der Gleichheit und dem Zug zur Freiheit."

Sorge um Europa

Zur Wiener Konferenz der EFTA-Länder

sp - Wird der Graben zwischen den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Ländern, die der EFTA angehören, größer? Die Sorge um eine drohende Aufspaltung des freien Europa in einander bekämpfende Wirtschaftsblöcke gab den Anstoß für das Wiener Treffen der skandinavischen Ministerpräsidenten und des britischen Premiers Wilson. Die Anregung kam von Wilson. Seit dem folgenschweren Veto de Gaulles gegen den Beitritt Englands zur EWG steht der Europa-Zug still; die letzten zwei Jahre brachten keinen Fortschritt in Richtung europäische Integration, und jeder Versuch eines Brückenschlages zwischen den Wirtschaftsblöcken blieb schon in den Anfängen stecken. Die handelspolitische Diskreminierung nahm zu, der Handel zwischen beiden Blöcken entwickelte sich unterschiedlich. Die Einfuhr der EFTA-Länder in den EWG-Wirtschaftsraum stiegen zwar, doch im Vergleich zum übrigen Handel blieben sie prozentual zurück. Niemand vermag die Wirkungen des im Jahre 1966 fälligen Zollabbaus zu überblicken; halten die gegenwärtigen Tendenzen an, werden weitgehende Verzerrungen die Folge sein. Kann sich das nichtkommunistische Europa diese Aufspaltung leisten? Ihre Folgen würden alle treffen.

Die Wiener Konferenz der EFTA-Länder suchte nach Wegen, einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die große Gefahren in sich birgt. Wenn die Wirtschaft auseinanderstrebt, kann es zur Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten wohl nicht gut kommen. Die innere Einheit des Westens kann entscheidend geschwächt werden. De Gaulles Haltung zerstörte schon für lange Zeit die Voraussetzungen für eine politische Integration. Hier kommt man nicht weiter. Zwischen der EFTA und der EWG bestehen so gut wie keine institutionellen Kontakte, obwohl die EFTA-Länder in Brüssel durch Beobachterposten vertreten sind. Die im Wiener Kommuniqué gegebene Anregung einer Ministerkonferenz zwischen beiden Wirtschaftsblöcken hat wohl kaum Aussicht auf baldige Verwirklichung. Immerhin gab das Wiener Treffen der Europa-Diskussion neue Anstöße. Der Weg zur Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA ist freilich noch in Dunkel gehüllt, die Sorgen haben nichts von ihrem bedrückenden Gewicht verloren.

Arztetag

Berechtigte Klagen und Forderungen

Von Rolf Heyen, Berlin

Der 68. Deutsche Arztetag zeigte mit aller Deutlichkeit, wie ernst es der deutschen Ärzteschaft mit der großen Gemeinschaftsaufgabe Volksgesundheit ist. Sie stellt den politischen Parteien bohrende Fragen. Dabei stehen sechs Punkte im Vordergrund:

1. Die vorbeugende Gesundheitspflege.
2. Die Erhaltung eines sittlich hochstehenden Ärztestandes.
3. Der Mangel an aktiven Sanitätsoffizieren.
4. Der Arzt im System der sozialen Sicherung.
5. Steuerfragen, wobei die Heranziehung der Honorare für ärztliche Leistungen zur Umsatzsteuer bzw. zu der erwarteten Mehrwertsteuer im Mittelpunkt stehen.
6. Die Aufgabe und Stellung des Arztes im Krankenhaus.

Fritz Erler blieb den Ärzten keine Antwort schuldig. Er konnte darauf verweisen, daß die gesundheitliche Vorsorge eine alte Forderung seiner Partei ist. Schwerpunkte individueller Vorsorgeuntersuchungen müssen beim freipraktizierenden Arzt liegen. Erler betonte dabei die Eigenständigkeit des ärztlichen Berufsstandes und eine damit verbundene Berufsgerichtsbarkeit.

Eine vernünftige Planung der ärztlichen Versorgung der Zivilbevölkerung und der Bundeswehr, stellte Erler fest, muß in unserem exponierten Land als zusammenhängendes Problem behandelt werden. Dieser Grundsatz muß bei aller Notwendigkeit, den Mangel an Sanitätsoffizieren zu beheben, im Mittelpunkt stehen.

Die Sozialdemokraten bezahlen die ambulante ärztliche Versorgung der Bevölkerung im System der sozialen Sicherung durch die freiberuflich tätigen Ärzte. Sie treten dafür ein, daß der Arzt sich ungeschränkt seiner ärztlichen Aufgabe widmen kann.

Der Arzt im Krankenhaus muß eine der Bedeutung seiner Tätigkeit entsprechende Stellung erhalten. Dabei kommt dem Ausbau der ärztlichen Selbstverwaltung eine wichtige Funktion zu.

Bei der Frage nach der Umsatzsteuer konnte Fritz Erler auf die alte Forderung der SPD verweisen, freie Berufe nicht in die Umsatzsteuerpflicht einzubeziehen. Das gilt auch für die Mehrwertsteuer.

Die Möglichkeit zur Senkung der Frühinvalidität durch Verbesserung der Arbeitsmedizin gehörte zu den Themen, die auf dem Ärztekongreß besondere Beachtung fanden. Es fehlen exakte Zahlen, wieviele Menschen von Jahr zu Jahr vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand zu treten gezwungen sind. Das Material darüber ist alarmierend. Die Frühinvalidität durch rechtzeitige Bemühungen um eine berufliche Umschulung durch gezielte Förderungsmaßnahmen zu bekämpfen, wird immer wesentlicher und wichtiger. Hinzu kommen die schweren psychologischen Belastungen für diejenigen, die lange vor Erreichung der Altersgrenze durch Krankheit und Invalidität aus dem Berufsleben ausscheiden müssen. Der praktische Arzt hat solche Menschen täglich in seiner Praxis, die sich wegen ihrer vorzeitigen Arbeitsunfähigkeit in einem erlernten Beruf als "minderwertig" empfinden. Arbeitsfreude und Arbeitsfähigkeit von vielen tausend Menschen zu erhalten und nach Möglichkeit wieder herzustellen, ist somit eine wichtige gemeinsame Aufgabe.

Mit dem Stichwort "Arbeitsmedizin" ist somit ein wesentliches Thema des Ärztetages umrissen. Nur vier Universitäten haben arbeitsmedizinische Lehrstühle.

Nur in Erlangen gibt es ein echtes Ordinariat für diese Disziplin. Auch hier können nur gemeinsam Schwierigkeiten aus dem Weg geschafft werden. Viele Universitäten sträuben sich, Ordinariate zu schaffen. Ihr Grund: Das Nichtvorhandensein von Arbeitsmedizinern. Hier heißt sich die Katze in den Schwanz.

Die Probleme der Ärzte zeigen, wie bitter notwendig es ist, Konzeptionen zu entwickeln, die unserer modernen Gesellschaftsform angemessen sind. Eigentlich können nur die Sozialdemokraten als einzige politische Kraft in unserem Land auf eine solche Konzeption verweisen. Das wird auch innerhalb der Ärzteschaft immer deutlicher.

Schlechtwetterfront in Sicht zwischen Belgrad-Bonn

Begleitmusik zum bevorstehenden Besuch Titos in Pankow

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Durch die jugoslawische Politik und Presse beginnt wieder ein schärferer antideutscher Wind zu wehen. Diese Entwicklung fällt zusammen mit dem immer deutlicher werdenden französisch-amerikanischen Gegensatz, der einen namhaften jugoslawischen Politiker bereits so weit hat gehen lassen, Paris öffentlich zu versichern, daß es sich politisch nie isolieren könne, weil ihm die Unterstützung der Mehrheit der afro-asiatischen, der blockfreien und kommunistischen Länder gewiß sei. Solche vor Jahren noch nicht einmal in eine theoretische Denkkategorie hineinpassenden Ungereimtheiten stehen heute nicht vereinzelt. Hatte man zum Beispiel jahrelang den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Bonn zu Belgrad als ein unzulässiges Mittel deutscher Nachtpolitik verurteilt und die diesem Ereignis vorausgehende jugoslawische Anerkennung der DDR als einen Beitrag zur Normalisierung des Verhältnisses in Europa gelobt, verfährt man im Parallellalle Israel - Bonn - Arabische Staaten genau umgekehrt. Selbstverständlich ist auch diesmal Bonn der Störenfried im Nahen Osten und die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel Ausdruck einer "imperialistischen Politik", worauf die arabischen Länder mit dem Abbruch der Beziehungen zu Bonn nur eine gerechtfertigte Antwort erteilt haben.

Solche und ähnliche Haltungen versprechen in Anbetracht des einen neuen Kulminationspunkt zustrebenden deutsch-jugoslawischen Verhältnisses nicht allzu viel Gutes. Bereits seit Wochen hat man in politischen Kreisen Belgrads den Eindruck zu erwecken gesucht, als versuche Bonn unmittelbaren Einfluß auf die bevorstehende Staatsvisite Präsident Titos in die DDR zu nehmen bzw. diese Belgrad sogar "abzukaufen". Eine solche Darstellung hat zwei Ziele: Erstens wird damit der Besuch in Ostberlin in den Augen der übrigen kommunistischen Staaten noch zusätzlich aufgewertet, weil damit die Standhaftigkeit der jugoslawischen Politik nur noch zusätzlich unterstrichen wird. Zweitens bringt die Koppelung der Wiedergutmachungsfrage, mit deren Hilfe angeblich der DDR-Besuch Titos "abgekauft" werden soll, ein Problem wieder in Erinnerung, gegen dessen Lösung die Bonner Bundesregierung sich jahrelang gesperrt hat. Wenn Bonn, wie in Belgrad behauptet wird, Wiedergutmachung für die Opfer des nationalsozialistischen Terrorsystems anbietet, so würde dies beweisen, daß es die Wiedergutmachungszahlungen an Jugoslawien nicht aus prinzipiellen, sondern eben nur taktischen Erwägungen verweigert und sie außerdem zu einem unmoralischen Druckmittel macht, um damit Jugoslawiens souveräne außenpolitische Entscheidungen zu beeinflussen.

Die geschilderten Faktoren sind mittels einer Demarche des jugoslawischen Außenministeriums gegenüber der die deutschen Interessen in Bonn vertretenden französischen Botschaft bereits in politische Substanz umgesetzt worden. Es ist zu erwarten, daß sie künftig in noch stärkerem Maße ausgespielt werden dürften, und zwar um so mehr, je näher der Termin des Besuches Titos in der DDR rückt. Ist also bereits die Begleitmusik zu diesem Ereignis alles andere als ermunternd, kann kaum erwartet werden, daß die Visite selbst auf die sich zusehends verschlechternde politische Atmosphäre zwischen Bonn und Belgrad einen anderen als noch zusätzlich komplizierenden Einfluß haben könnte.